

Pinneberger Tageblatt

Sieben Bürgermeister gegen den Kreistag

Die sieben Bürgermeister im Amt Pinnau sind "auf der Zinne": Sie sind wütend auf die Kreispolitiker, die Geld aus dem Schulbau- Förderprogramm nur den Gymnasien zugute kommen lassen wollen.



Hanns-Jürgen Bohland (CDU), Bürgermeister von Kummerfeld: "Wir haben fest mit dem Geld gerechnet und brauchen es auch."



Werner Moeller (SPD), Bürgermeister von Borstel-Hohenraden: Mit dieser Entscheidung wird die Fläche im ländlichen Raum vernachlässigt."

Wer die sieben ehrenamtlichen Bürgermeister des Amts Pinnau nach ihrer Meinung zur Schulbauförderung fragt, dem schlägt von Resignation bis Zorn die ganze Bandbreite menschlicher Gefühlsregungen entgegen. Heute abend um 18 Uhr tritt der Kreistag zusammen und wird voraussichtlich der Empfehlung des Kreis-Schulausschusses folgen: Von den 4,3 Millionen Euro aus dem Landesschulbau-Programm sollen nur die elf Gymnasien im Kreis profitieren. Alle anderen Bildungsstätten zwischen Wedel und Quickborn gehen leer aus.

Die Bürgermeister im Amt Pinnau laufen Sturm gegen den Vorschlag, auf den sich Landrat Dr. Wolfgang Grimme gemeinsam mit den hauptamtlichen Bürgermeistern sowie den Leitenden Verwaltungsbeamten (LVBs) geeinigt und den die Kreis-Schulausschussmitglieder am Freitag einstimmig abgesegnet hatten. Die sieben Gemeindechefs fordern den Kreistag indirekt auf, den Beschluss zu kippen.

"Eine Riesenschweineerei", schimpft Ellerbeks Gemeindechef Günther Hildebrand (FDP). Er hält die Regelung für doppelt ungerecht: "Wir zahlen ohnehin Schulkostenbeiträge und zusätzlich pro Kind noch 125 Euro Investitionskostenzuschuss." Konsequenter Weise müsse der Kreis dann den kleinen Gemeinden wenigstens diesen Betrag zu erlassen, "wenn wir

schon nichts an Fördergeldern abbekommen," drängt Hildebrand.

Mit dieser Kompensation wäre auch Haslohs Bürgermeister Bernhard Brummund (SPD) einverstanden. Er findet die Begründung von Andreas Kohn aus der Kreisverwaltung, es sei zu wenig Zeit, den Bedarf aller Schulen zu prüfen, "geradezu abenteuerlich". Auch wenn er das Interesse der Städte an Geld für ihre Gymnasien verstehen könne - "dass man damit gezielt die Mehrheit der Schulen ausschließt, ist nicht nachvollziehbar."

So sieht es auch sein Amtskollege Hanns-Jürgen Bohland (CDU) aus Kummerfeld. Er fühle sich dem Kreis hilflos ausgeliefert: "Das ist einfach so am grünen Tisch entschieden worden." Seine größte Furcht: "Die Entscheidung könnte unsere geplante Grundschule mit Prisdorf gefährden." Seinen Partner für dieses Vorhaben, den Prisdorfer Bürgermeister und Amt-Pinnau-Vorsteher Wilfried Hans (CDU) treiben ähnliche Ängste um: "Dabei haben beide Schulen - unsere und Rugenbergen - zukunftsweisende Konzepte." Wenn die Politik nicht individuell auf die Wünsche der Kommunen eingehe, habe das nichts mit gerechtem Verteilen zu tun.

Peter Liske (BWG), Gemeindeoberhaupt von Bönningstedt, geht noch weiter: Er sieht in der Empfehlung die Tendenz zur Zwei-Klassen-Gesellschaft. Gymnasiasten würden gegenüber allen anderen Schülern bevorzugt. Das Land habe Gemeinschafts- und Regionalschulen aber als Perspektive für Schwächere gedacht. "Der Kreistag tritt diesen Wunsch mit Füßen", wetterte er. Auch Tangstedts Bürgermeister Detlef Goos (FDP) und Werner Moeller (SPD) aus Borstel-Hohenraden sind frustriert. "Wahrscheinlich können wir sowieso nichts mehr ändern", sagt Moeller.

von Natalie Kordowski

29.04.2009